



Hochschulinternationalisierung in Zeiten multipler Disruptionen

Stabilität und Wandel im Kontext des Brexits und der Corona-Pandemie

1

ZUSAMMENFASSUNG

England, Frankreich und Deutschland zählen zu den wichtigsten europäischen Gastländern für internationale Studierende. Jahrzehntlang schien der Trend länderübergreifend eindeutig: stetig steigende internationale Studierendenzahlen und eine zunehmende Europäisierung des Hochschulwesens, beispielsweise durch das Erasmus-Programm und die Vereinheitlichung von Abschlüssen im Rahmen der Bologna-Reform. Durch das Brexit-Referendum und die Corona-Pandemie wurden etablierte Internationalisierungs-Regelungen und Praktiken im europäischen Hochschulraum massiv gestört. Während einige Hochschulakteure voraussagten, dass die Disruptionen eine radikale Zeitenwende in der europäischen Hochschulinternationalisierung auslösen würden, geht die wissenschaftliche Literatur von einer weitreichenden Stabilität von gesellschaftlichen Institutionen wie Hochschulen aus. Welche Auswirkungen hatten der Brexit und die Corona-Pandemie nun also tatsächlich in verschiedenen Länderkontexten? Die vorliegende Studie untersucht Stabilität und Wandel in den Hochschulinternationalisierungsstrategien Englands, Frankreichs und Deutschlands zwischen 2016 und 2021.

<https://doi.org/10.46685/DAADStudien.2024.02>

1. Einleitung inklusive methodischer Abhandlung

Begünstigt durch die Personenfreiheit innerhalb der Europäischen Union (EU), das 1987 eingerichtete Erasmus-Programm und den 1999 begonnenen Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung europäischer Hochschulabschlüsse wurde physische innereuropäische Studierendenmobilität von vielen Hochschulakteuren als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Studierendenmobilität im Rahmen eines Kurzaufenthalts oder eines kompletten Auslandsstudiums ist das Kernphänomen von Hochschulinternationalisierung. Letztere gewann auf der Politik-Agenda von Ländern weltweit in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark an Bedeutung, u.a. um kurz- und langfristige wirtschaftliche Ziele zu verfolgen (z.B. Einwerben von Studiengebühren, Fachkräftegewinnung), internationale

AUTORIN



Anna Prisca Lohse ist Postdoktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Hochschulbildung im Kontext von digitalem Wandel und Diversität an der Technischen Universität Berlin. Im September 2023 schloss sie erfolgreich ihre Promotion an der Hertie School – The University of Governance in Berlin ab. In ihrer Forschung befasst sie sich mit Hochschulpolitik und dabei insbesondere mit Internationalisierung, Politiktransfer und Europäisierungsprozessen.

Zusammenarbeit zu stärken und die akademische Qualität zu steigern. So existieren auf nationaler und auf Hochschul-Ebene Internationalisierungsstrategien, die Ziele und Maßnahmen unter Einbindung verschiedener Akteure (Bildungsministerien, Außenministerien, nationale Hochschulagenturen wie dem DAAD, British Council oder Campus France, Hochschulleitungen, Interessensgruppen) festlegen.

Der Brexit und die Corona-Pandemie stellten etablierte Praktiken und Regelungen der Hochschulinternationalisierung plötzlich fundamental infrage. Nach dem Brexit-Referendum herrschte Unklarheit darüber, ob das Vereinigte Königreich (VK) weiterhin an Erasmus teilnehmen würde und ob EU-Studierende wie bisher im Rahmen der EU-Personenverkehrsfreiheit einen visumsfreien, vergünstigten Zugang zu britischen Studiengängen haben würden. Mit der Corona-Pandemie kam erstmals in der Geschichte die globale Studierendenmobilität weitestgehend zum Erliegen. Es wurde spekuliert, ob Brexit und die Corona-Krise eine Zeitenwende in der Hochschulinternationalisierung auslösen würden. In Bezug auf Brexit wurde unter anderem prognostiziert, dass britisch-europäische Hochschulbeziehungen nie wieder so sein würden wie vor dem Referendum. COVID-19 betreffend wurde u.a. spekuliert, dass die Pandemie eine Ära einläuten würde, in der physische Mobilität nicht mehr das Kernanliegen der Internationalisierung repräsentiert, sondern transnationale Online-Studiengänge.

Die wissenschaftliche Literatur hingegen deutet darauf hin, dass gesellschaftliche Institutionen, wie Hochschulsysteme, aber auch die Kirche, Nationalstaaten oder Industriesektoren, hinsichtlich ihrer Strukturen sehr beständig sind – auch angesichts einschneidender Ereignisse. Der historische Institutionalismus als sozialwissenschaftliche Theorie beschäftigt sich mit Stabilität und Wandelprozessen von Institutionen in zeitlicher Perspektive. Ihm zufolge existieren institutionelle Pfadabhängigkeiten, die eine Abkehr von etablierten Praktiken erschweren bzw. verhindern. So haben beispielsweise machtvoll Akteure innerhalb einer Institution oft kein

Interesse an institutionellem Wandel, oder Wandel wird dadurch gebremst, dass nur bereits bestehende Praktiken von den Beteiligten als legitim empfunden werden, wohingegen Änderungen als illegitim betrachtet und abgelehnt werden.

Vor dem Hintergrund der divergierenden Einschätzungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und der wissenschaftlichen Literatur hinsichtlich des Transformationspotentials von Brexit und der Corona-Krise bietet die vorliegende Studie systematische empirische Einblicke in verschiedene Länderkontexte (Lohse, 2024). Sie untersucht Stabilitäts- und Wandelprozesse im Kontext von Brexit und der Corona-Pandemie in den Hochschulkontexten England¹, Frankreich und Deutschland zwischen 2016 und 2021. Dazu wurden 44 Interviews mit Internationalisierungsexpertinnen und -experten aus den drei Länderkontexten durchgeführt. Letztere umfassen Führungspersonen in International Offices mittelgroßer bis großer Universitäten und Mitarbeitende in nationalen Bildungsministerien und Hochschulinternationalisierungsagenturen (British Council, Campus France, DAAD). Darüber hinaus wurden 234 Dokumente analysiert, die Einblicke in die mit Brexit und der Corona-Pandemie verbundenen Ereignisse, Debatten und Änderungen im englischen, deutschen und französischen Hochschulwesen geben. Diese Dokumente beinhalten Zeitungsartikel, Parlamentsprotokolle, Gesetzesänderungen, Policy Briefs und Stellungnahmen von Hochschulakteuren.

Um genau erfassen zu können, ob und welche Art von Wandel sich in der Hochschulinternationalisierung vollzog, wurden Indikatoren der institutionellen Dimensionen von Studierendenmobilität entwickelt. Nach Scott (2008, Abb. 1) besteht jede Institution aus einer regulativen, einer normativen und einer kulturell-kognitiven Dimension. Die regulative Dimension umfasst explizit formulierte Regeln, deren Nichtbeachtung durch befugte Akteure sanktioniert werden. Im Bereich der Studierendenmobilität müssen beispielsweise länderspezifische Einwanderungs- und Hochschulzugangsgesetze befolgt werden, aber auch Statute

¹ Die Studie bezieht sich auf England, auf das der Großteil der Hochschulen und internationalen Studierenden innerhalb des Vereinigten Königreichs entfällt. Schottland, Wales und Nordirland sind im Rahmen der Devolution in Bildungsangelegenheiten weitgehend unabhängig vom Vereinigten Königreich.

von Mobilitätsprogrammen, wie z.B. Bewilligungskonditionen für Erasmus-Stipendien. Die normative Ebene umfasst Werte und Normen, denen sich Akteure im Hochschulsystem verpflichtet fühlen. Diese entstehen durch die Internalisierung von Normen und Werten seitens der Akteure im Umgang mit ihrem Umfeld (Senge & Hellmann, 2006, S. 39). Angewendet auf die Hochschulinternationalisierung spiegelt sich die normative Dimension in den Werten und Normen wider, auf die sich beteiligte Akteure in der Gestaltung ihrer Arbeit beziehen. Von Interesse ist hier beispielsweise, ob Studierendenmobilität vorwiegend aus akademischen, politischen, ökonomischen oder kulturellen Motiven betrieben wird (Knight, 2012). Weiterhin werden durch Förderprogramme (beispielsweise durch die

EU oder nationale Internationalisierungsagenturen) spezifische Normen und Aktivitäten im Hochschulsystem institutionalisiert. Die kulturell-kognitive Dimension umfasst fundamentale Wahrnehmungen und Herangehensweisen, die von Akteuren als selbstverständlich betrachtet werden. Solche als selbstverständlich empfundenen Aspekte betreffen beispielsweise die Auffassung, ob Hochschulbildung als ein grundlegend öffentliches oder privates Gut angesehen wird und, damit verbunden, ob ein Hochschulsystem überwiegend staatlich oder marktbasierend gelenkt wird. Diese Annahmen wiederum beeinflussen, ob Hochschulinternationalisierung primär in einer kollaborativen oder kompetitiven Logik gedacht wird.

TABELLE 1: INSTITUTIONELLE DIMENSIONEN DER HOCHSCHULINTERNATIONALISIERUNG

	Regulativ	Normativ	Kulturell-kognitiv
MECHANISMUS	Zwang	Moralischer Druck	Selbstverständlichkeit
INDIKATOREN	Einwanderungs- und Hochschulzugangsgesetze für internationale Studierende, Stipendienstatute (z.B. Förderkonditionen für Erasmus)	Internalisierte Werte und Standards beteiligter Akteure, durch Förderprogramme propagierte Normen und Aktivitäten	Auffassung von Bildung als öffentliches oder privates Gut; Verhältnis zwischen Staat, Markt und Universitäten; damit verbunden eine primär kollaborative oder kompetitive Logik in der Internationalisierung

Quelle: Eigene Darstellung nach Scott (2008)

3

Die Hochschulsysteme Englands, Frankreichs und Deutschlands haben sich im Zuge distinkter nationaler Historien unterschiedlich entwickelt. Englands Hochschulsystem ist seit den 1980er Jahren zunehmend marktbasierend, wobei die von internationalen Studierenden entrichteten Studiengebühren wesentlich zur Finanzierung des Hochschulwesens beitragen. Frankreich und Deutschland hingegen verfügen über weitestgehend staatlich finanzierte Hochschulsysteme, wobei in Frankreich die staatliche Kontrolle über Universitäten größer ist als in Deutschland, wo dem Humboldt'schen Prinzip folgend die akademische Selbstverwaltung eine größere Rolle spielt. Verbunden mit ihren distinkten Hochschulsystemen verfolgen die drei Länder unterschiedliche Strategien in der Hochschulinternationalisierung. So spielen in England transnationale Bildungsprogramme wie kostenpflichtige Online-Studiengänge eine große Rolle, wohingegen Deutschland und Frankreich traditionell auf physische Studierendenmobilität und Austausch über das Erasmus-Programm setzen.

Während in England die marktwirtschaftlich betriebenen Universitäten ein überwiegend kompetitives Internationalisierungsportfolio verfolgen, existiert in Deutschland mehr Koordination und Kollaboration innerhalb des Hochschulsektors und mit internationalen Partnern, u.a. über den DAAD. Frankreich begann erst vergleichsweise spät mit einer systematischen Hochschulinternationalisierung. Seit den 2010er Jahren ist der Staat hier sehr präsent, beispielsweise in dem er Anreize für Fusionen von Hochschulen kreierte, um so besser international sichtbare multidisziplinäre Universitäten zu schaffen. Über die 2018 verabschiedete erste nationale Internationalisierungsstrategie „Bienvenue en France“ wurden systematische Anreize geschaffen, um (digitale) Infrastrukturen für internationale Studierende zu etablieren.

2. Auswirkungen des Brexits auf die Hochschulinternationalisierung

Basierend auf Experteninterviews und Dokumentenanalyse wurden mit dem Brexit verbundene Stabilitäts- und Wandelprozesse in den drei Ländern untersucht. Hierbei ergab sich für alle drei Länder ein partieller Wandel, der Änderungen in der regulativen und normativen Dimension der Hochschulinternationalisierung, nicht aber in der kulturell-kognitiven Dimension umfasst. Tabelle 2 fasst die zentralen Ergebnisse zusammen, wobei grau hinterlegte Felder Wandel und neutrale Felder Stabilität signalisieren.

Der Brexit ging mit umfassenden *regulativen Veränderungen* für die Studierendenmobilität einher. Nach mehrjährigen Brexit-Verhandlungen trat das Vereinigte Königreich (VK) am 1. Februar 2020 aus der EU aus. Seit dem 1. Januar 2021 müssen EU-Studierende nun für Studienaufenthalte im VK ein kostenpflichtiges Visum beantragen. Außerdem verloren sie ihr Recht auf vergünstigte Studiengebühren. Was das Erasmus-Programm betrifft, versicherte der damalige Premierminister Boris Johnson dem britischen Parlament noch zu Beginn des Jahres 2020, dass man, egal welche Form der Brexit annehmen würde, Mitglied im EU-Programm bleiben würde. Dennoch verkündete die britische Regierung am 24. Dezember 2020 den Austritt aus Erasmus und die Gründung eines eigenen Mobilitätsprogramms.

Das nicht-reziproke Turing Scheme, welches ausschließlich Stipendien für britische Outgoing-Studierende, nicht aber für Incoming-Studierende bereitstellt, wurde als optimiertes Erasmus-Programm präsentiert, das dem Steuerzahler „greater value for money“ (Department for Education and The Rt Hon Sir Gavin Williamson CBE MP 2020) verschaffen würde. Auf Seiten Deutschlands und Frankreichs bewirkte der Brexit, dass das VK nun als Drittstaat gehandelt wird, wodurch sich neue Regulierungen für britische Incoming-Studierende ergeben. So müssen britische Studierende in Frankreich nun ein Visum beantragen, während sie in Deutschland nach drei Monaten einen Aufenthaltstitel benötigen.

Was *normative Aspekte* angeht, so verstärkte die britische Regierung im Zuge des Brexits ihren bereits in der 2013 verabschiedeten ersten Internationalisierungsstrategie verkündeten Fokus auf den Export von Bildungsangeboten in Nicht-EU-Märkte. In der zweiten 2019 verabschiedeten nationalen Internationalisierungsstrategie „Global potential, global growth“ findet Europa kaum Erwähnung. Das Verlassen der EU wird in erster Linie als Möglichkeit dargestellt, sich als Bildungsprovider neu auf dem europäischen und v.a. globalen Markt zu platzieren. Im Studierendenaustausch wird der Fokus auf Commonwealth-Länder und die Anglosphäre gelegt, welche im Turing Scheme ebenfalls eine zentrale Rolle als Zielregionen spielen.

4

TABELLE 2: STABILITÄT UND WANDEL IM KONTEXT DES BREXITS

	England: Partieller Wandel	Frankreich: Partieller Wandel	Deutschland: Partieller Wandel
REGULATIV	<ul style="list-style-type: none"> • Visumpflicht für EU-Studierende • International student fees für EU-Studierende statt home fees • Austritt aus Erasmus • Einführung Turing Scheme (nicht-reziprok) 	<ul style="list-style-type: none"> • Statusänderung UK zu Drittstaat • Visumpflicht für britische Studierende 	<ul style="list-style-type: none"> • Statusänderung UK zu Drittstaat • Aufenthaltstitel für britische Studierende
NORMATIV	<ul style="list-style-type: none"> • Regierung: Fokus auf wirtschaftliche Erschließung von Nicht-EU Märkten • Hochschulsektor: verstärktes Bemühen um EU-Partner 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärktes EU-Engagement • Macron begründet European Universities Initiative (EUI) 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärktes EU-Engagement • Ausweichen auf nord- und ost-europäische Uni-Partnerschaften • Rege Teilnahme an EUI
KULTURELL-KOGNITIV	<ul style="list-style-type: none"> • Regierung: British exceptionalism, ‘Global Britain’ Strategie • Hochschulsektor: EU-Kollaboration und -Integration 	<ul style="list-style-type: none"> • Kollaborative Internationalisierung • Europäisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kollaborative Internationalisierung • Europäisierung

Quelle: Eigene Darstellung (institutionelle Dimensionen nach Scott, 2008)

Während die britische Regierung sich von der EU und nicht-ökonomischen Internationalisierungsmotiven abwendete, intensivierte der englische Hochschulsektor als Reaktion auf den Brexit seine Bemühungen um europäische Hochschulpartnerschaften und Austausch. Der englische Hochschulsektor berief sich auf die gemeinsame europäische Geschichte und geteilte Werte. Er kommunizierte offen seine Kritik am Vorgehen der britischen Regierung über Positionspapiere, aber auch durch symbolischen Protest, wie dem Hissen der EU-Flagge auf Universitätsgebäuden. Sowohl der französische als auch der deutsche Hochschulsektor reagierten bestürzt auf den Brexit. Die Bestürzung wich allerdings schnell einer „Jetzt erst recht“-Mentalität, was die Wichtigkeit europäischer Zusammenarbeit anging. In beiden Ländern wurden im Zuge des Brexits verstärkt Partnerschaftsabkommen mit nord- und osteuropäischen Ländern gesucht. Deren Angebot an englischsprachigen Studiengängen wurde als attraktiver Ersatz für die wegfallenden britischen Erasmus-Partnerschaften wahrgenommen. Der französische Präsident Emmanuel Macron gab mit einer Rede an der Sorbonne-Universität 2017 den Impetus für die Gründung der European Universities Initiative (EUI). Macron nahm dabei u.a. Bezug auf gesellschaftliche Trends wie Populismus und Nationalismus, die das europäische Projekt bedrohen, und schlug zu deren Bekämpfung u.a. Hochschullianzen vor, die die Integration des europäischen Hochschulwesens weiter vorantreiben würden. Die schnelle Umsetzung dieses Vorschlags, die bis Mitte 2024 zu über 60 Hochschulallianzen unter Beteiligung von mehr als 500 Hochschulen geführt hat, gilt als wichtigste strukturbildende Maßnahme seit dem Bologna-Prozess.

Während auf regulatoriver und normativer Ebene in allen drei Ländern Brexit-bedingter Wandel stattfand, blieben die Veränderungen *kulturell-kognitiv* in institutionalisierten gesellschaftlichen Wahrnehmungen verankert. So repräsentiert der normative Clash zwischen der britischen Regierung und dem pro-europäischen Hochschulsektor eine Fortführung der zwiespaltigen britischen Nachkriegspolitik und -identität, die sich durch *British Exceptionalism*, also der Wahrnehmung einer besonderen Rolle des VK innerhalb Europas und der Welt, mit einer gleichzeitigen Involviertheit in europäische Integrationsprozesse auszeichnet. Während die britische

Regierung den Brexit nutzte, um die Abkehr von der EU regulativ festzumachen, arbeiteten englische Universitäten aktiv dagegen an, beispielsweise in dem sie trotz des Brexits der EUI beitraten. So wird der zentrale kulturell-kognitive Konflikt zwischen *British Exceptionalism* und kompetitiver Internationalisierung einerseits und europäischer Integration und kollaborativer Internationalisierung andererseits auch weiterhin fortgeführt. Im Fall von Frankreich und Deutschland signalisieren die regulativen und normativen Änderungen die Beibehaltung einer grundlegend an Europäisierung und kollaborativen Aktivitäten ausgerichteten Hochschulinternationalisierung.

3. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Hochschulinternationalisierung

Auch im Fall der Corona-Pandemie ergab sich für England, Frankreich und Deutschland ein partieller Wandel in der Hochschulinternationalisierung. Tabelle 3 fasst die zentralen Ergebnisse zusammen, wobei grau hinterlegte Felder Wandel und neutrale Felder Stabilität signalisieren.

Die Corona-Pandemie stellte den englischen Hochschulsektor einerseits und die deutschen und französischen Hochschulsektoren andererseits vor sehr unterschiedliche Herausforderungen. Ausschlaggebend hierfür ist die Marktbasiertheit des englischen Hochschulsystems. Da internationale Studierende eine zentrale Einnahmequelle für englische Universitäten darstellen, repräsentierte der zu Beginn der Pandemie annehmbare jahrelange Rückgang von internationalen Studierendenzahlen eine existenzielle Bedrohung für die finanzielle Stabilität des Hochschulsektors. Englische Universitäten begannen daraufhin, den anzunehmenden Wegfall internationaler Studierender zu kompensieren, indem sie gegen etablierte Zulassungspraktiken verstießen und eine unüblich hohe Anzahl an Zulassungen an heimische Sekundarschulabsolventinnen und -absolventen versandten, um so ihre Kompetitoren auszusteichen. Dieses Vorgehen drohte den gesamten Hochschulsektor ins Chaos zu stürzen, weswegen die britische Regierung kurzzeitig den *student number cap* wieder einführte, also eine Begrenzung der Anzahl an Studierenden, die Universitäten zulassen dürfen. Diese Begrenzung existierte ursprünglich bis 2015. Damals wurde

TABELLE 3: STABILITÄT UND WANDEL IM KONTEXT DER CORONA-PANDEMIE

	England: Partieller Wandel	Frankreich: Partieller Wandel	Deutschland: Partieller Wandel
REGULATIV	<ul style="list-style-type: none"> • Vorübergehende Wiedereinführung des 'student number cap' • Keine permanenten Änderungen trotz vehementer Reformforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Regulative Änderungen für die digitale Lehre und Administration • Umsetzung der bereits geplanten Visa-Digitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Regulative Änderungen für die digitale Lehre und Administration
NORMATIV	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkter Fokus auf kommerzielle Aktivitäten, "digital routes to market" wie Online-Recruitment internationaler Studierender 	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimation von Digitalisierung der Internationalisierung • Verbreitung von Virtual Exchange/ COIL 	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimation von Digitalisierung der Internationalisierung • Systematische Anreize für Digitalisierung durch den DAAD (IVAC, IP Digital)
KULTURELL-KOGNITIV	<ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung von marktbasierter, wettbewerbs-orientierter Internationalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität staatlich gelenkter kollaborativer Internationalisierung • Kollaboration mit Partneruniversitäten 	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität national koordinierter (DAAD) und föderaler Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands • Kollaboration mit Partneruniversitäten

Quelle: Eigene Darstellung (institutionelle Dimensionen nach Scott, 2008)

6

sie abgeschafft, um Studienangebot und -nachfrage vollkommen dem Markt zu überlassen. Nachdem allerdings entgegen aller Erwartungen die internationalen Studierendenzahlen während der Pandemie keinen Rückgang, sondern sogar einen Anstieg erfuhren, wurde diese *regulative Änderung* wieder abgeschafft und der Hochschulsektor kehrte noch während der Pandemie zu den vorherigen Bedingungen eines völlig marktbasierten Systems zurück – und das obwohl die Krise große Schwächen des Systems aufzeigte und vielfältige Reformforderungen seitens des Hochschulsektors ausgelöst hatte. In den staatlich finanzierten Hochschulsystemen Deutschlands und Frankreichs hingegen existierten ganz andere regulative Herausforderungen. Da in beiden Ländern digitale Lehre vor der Pandemie keine weit verbreitete Praxis war, mussten die auf Präsenzunterricht basierten Regelwerke in kürzester Zeit erweitert werden. Dies umfasste beispielsweise die Möglichkeit zur Nutzung von Online-Plattformen wie Zoom, Online-Prüfungen und die Online-Einschreibung von Studierenden, die das Gastland zunächst nicht physisch betreten würden. In Deutschland ging es hier beispielsweise um einen Einschreibestatus für Studierende, die ausschließlich digital am Unterricht teilnehmen. In Frankreich sorgte die Pandemie dafür, dass die bereits im Rahmen der *Bienvenue en France*-Strategie beschlossene Digitalisierung des Visa-Prozederes für internationale Studierende beschleunigt umgesetzt wurde.

Auf *normativer Ebene* verstärkte die Corona-Pandemie in England den Fokus auf gewinnbringende Internationalisierungsaktivitäten, v.a. das Recruitment internationaler Studierender, um das organisationale Überleben der Hochschulen zu gewährleisten. „Digital routes to markets“ inklusive Online-Werbekampagnen, wie sie ein englischer Interview-Teilnehmer benannte, spielten eine zentrale Rolle während der Corona-Krise. In Deutschland und Frankreich veränderten sich Normen hinsichtlich der Akzeptanz der Digitalisierung von Lehre und Administration. Insbesondere Virtual Exchange- und Collaborative Online International Learning (COIL)-Formate fanden großen Zuspruch, um den Ausfall physischer Mobilität zu kompensieren. In Deutschland startete der DAAD kurz nach Pandemie-Ausbruch mehrere Förderlinien, um systematisch die Digitalisierung der Internationalisierung voranzutreiben. Dies geschah auf Kursebene (über das Programm IVAC) und auf Studiengangsebene (via IP Digital). Bemerkenswert ist hierbei, dass sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die zunehmende Digitalisierung der Internationalisierung bereits auf der Agenda der Hochschulen und auch von Campus France und dem DAAD standen. Begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen seitens der Hochschulakteure verhinderten allerdings zuvor eine schnelle Umsetzung der Digitalisierungsreformen.

Die beobachteten Entwicklungen in den drei Länderkontexten sprechen für die Stabilität der *kulturell-kognitiven* Dimension in den verschiedenen Hochschulsystemen. Obwohl die Pandemie die Risiken eines marktwirtschaftlichen, staatlich gering finanzierten Hochschulsystems aufzeigte, hielt England am Status Quo fest. Die von Hochschulakteuren geforderten grundlegenden Finanzierungsreformen fanden im Kontext multipler Krisen seitens der britischen Regierung kein Gehör. In Frankreich wurden Pandemiemaßnahmen und insbesondere die Fortsetzung der *Bienvenue en France*-Strategie an den Hochschulen maßgeblich durch einen Krisenstab der französischen Regierung gelenkt. In Deutschland fand die Koordination von Corona-Maßnahmen auf Länderebene und national durch den DAAD statt. Sowohl Frankreich als auch Deutschland setzten im Zuge der Pandemie weiterhin auf internationale Kollaboration, beispielsweise im Rahmen von Virtual Exchange-Programmen mit Partneruniversitäten. Marktwirtschaftlichere Aktivitäten, wie transnationale Online-Programme, fanden während der Pandemie entgegen den Erwartungen einiger Hochschulakteure keinen Einzug in Frankreichs und Deutschlands Internationalisierungsportfolio.

4. Fazit und Empfehlungen für die Praxis

Die vorliegende Studie zeigt, dass der Brexit und die Corona-Pandemie keine radikalen Brüche mit existierenden Internationalisierungsstrategien bewirkten. Beide Krisen öffneten hingegen Gelegenheitsfenster, in denen bereits stattfindender gradueller Wandel beschleunigt und existierende Logiken verstärkt wurden. Dies betraf insbesondere länderspezifische Positionierungen gegenüber der Europäisierung und der Digitalisierung des Hochschulwesens. In England verstärkte sich im Zuge des Brexits der lang existierende Konflikt zwischen Europäisierungs- und *British Exceptionalism*-Logiken. In Deutschland und Frankreich wurde die Brexit-Krise genutzt, um die weitere Europäisierung des Hochschulwesens voranzutreiben, vor allem durch die EUI. Die Corona-Krise bewirkte in Deutschland und Frankreich einen Abbau des Reformstaus hinsichtlich geplanter Digitalisierungsmaßnahmen. In England offenbarte die Pandemie die Fragilität des marktwirtschaftlichen Hochschulsystems, doch Reformen wurden von der Regierung abgelehnt.

Bemerkenswert für die Internationalisierungspraxis ist, dass beide Disruptionen aufzeigten, wie sehr Hochschulinternationalisierung mittlerweile mit den Politikbereichen Einwanderung, Wirtschaft und Digitalisierung des öffentlichen Wesens verknüpft ist. Angesichts dessen ist eine regelmäßige Abstimmung von Stakeholdern auf allen Governance-Ebenen unerlässlich. Dazu gehören Universitäten, nationale Internationalisierungsagenturen, Bildungs-, Einwanderungs- und Wirtschaftsministerien, Interessensgruppen sowie die Kommunen. Im Zusammenhang mit der Pandemie erwiesen sich Internationalisierungs-Taskforces, die verschiedene Governance-Ebenen und Akteure des Hochschulwesens zusammenbrachten, als besonders handlungseffizient. In Frankreich sah beispielsweise die *Bienvenue en France*-Strategie bereits regelmäßige Treffen vor, in denen sich das Bildungs-, Europa- und Innenministerium sowie die französischen Hochschulrektorenkonferenzen hinsichtlich der Internationalisierungsaktivitäten abstimmen können. Im Zuge der Corona-Pandemie wurden diese Treffen verstetigt und von den Beteiligten als positiv bewertet. Darüber hinaus zeigte sich, dass es im Zeitalter multipler Disruptionen sehr hilfreich für alle Hochschulakteure ist, wenn aktuelle Geschehnisse sowie (potentielle) Gesetzesänderungen zeitnah an zentraler Stelle dokumentiert und von Expertinnen bzw. Experten aufbereitet werden. So diente in Frankreich während der Pandemie die Campus France-Website als Informations-Anlaufstelle für Hochschulen und Studierende. Auch der DAAD aktualisierte laufend auf seiner Homepage Informationen zur Corona-Pandemie und Brexit-Entwicklungen und erstellte eine Übersicht über wissenschaftliche Studien zu relevanten Themenfeldern. Das Teilen und Dokumentieren von Lösungsansätzen bzw. Best Practices in der Krisenbewältigung erfolgte oft unsystematischer, sodass vielerorts an ähnlichen Problemstellungen (beispielsweise was die Digitalisierung der Immatrikulation oder die Erstellung von Virtual Exchange-Angeboten anging) gearbeitet wurde. Bei zukünftigen Krisen könnte also beispielsweise ein Austauschportal bzw. eine zentrale Datenbank, die regulatorische und programmatische Problemstellungen und Lösungsansätze sammelt, einen Mehrgewinn für den Hochschulsektor darstellen.

QUELLEN

Department for Education & The Rt Hon Sir Gavin Williamson CBE MP. (2020). *New Turing scheme to support thousands of students to study and work abroad*. Abgerufen am 14. März 2023 von <https://www.gov.uk/government/news/new-turing-scheme-to-support-thousands-of-students-to-study-and-work-abroad>

Knight, J. (2012). *Concepts, rationales, and interpretive frameworks in the internationalization of higher education*. In D. K. Deardorff, H. de Wit, J. Heyl & T. Adams (Eds.), *The SAGE Handbook of International Higher Education* (pp. 27–42). SAGE Publications.

Lohse, A. P. (2024). *Higher Education in an Age of Disruption. Comparing European Internationalisation Policies*. Palgrave Macmillan.

Scott, W. R. (2008). *Institutions and Organizations: Ideas and Interests* (3rd ed.). SAGE Publications.

Senge, K., & Hellmann, K.-U. (2006). *Einführung in den Neo-Institutionalismus: Mit einem Beitrag von W. Richard Scott*. Springer VS.

IMPRESSUM

Herausgeber
Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD)
Kennedyallee 50, D-53175 Bonn
Tel.: +49 228 882-0, Fax: +49 228 882-444
E-Mail: webmaster@daad.de, Internet: <https://www.daad.de>
Vertretungsberechtigter Vorstand: Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
Registergericht Bonn, Registernummer VR 2107,
Umsatzsteuer-IdNr.: DE122276332,
Verantwortlicher i.S.v. § 18 Abs. 2 MStV:
Dr. Kai Sicks, Kennedyallee 50, 53175 Bonn

Kontakt
Bereich Strategie und Steuerung – S1
Dr. Jan Kercher, kercher@daad.de

Design
Atelier Hauer+Dörfler GmbH, Berlin

Juni 2024
Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht
Dieses Werk steht unter der Creative Commons Namensnennung.
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz (CC BY-SA 3.0 DE) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

